

9.35

Abgeordnete Mag. Michaela Steinacker (ÖVP): Sehr geschätzte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Bundesminister! Hohes Haus! Geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger! „Nur wer sein Ziel kennt, findet den Weg.“ – Das sagte der chinesische Philosoph Laotse, und ich glaube, das ist ganz klar, was unsere Bundesminister hier gemacht haben.

Ziel des Aktionsplans des Innenministers und des Justizministers ist klar: mehr Sicherheit für Österreich. Die Wegrichtung wurde von den Ministern festgelegt und das Maßnahmenbündel geschnürt. Ich begrüße ausdrücklich folgende Punkte, die ich Ihnen erläutern möchte.

Die Schubhaft auch bei erstinstanzlichen Verurteilungen ist ein ganz wesentlicher Schritt, um den Straftätern zu signalisieren, dass diese Straftaten in Österreich nicht akzeptiert werden.

Der zweite Punkt: sofortige DNA-Abnahmen von Beschuldigten bei **allen** Sexualdelikten und nicht wie bisher nur bei Vorsatztaten mit einem mindestens einjährigen Strafausmaß.

Und zum Dritten: die Meldeverpflichtung für Verdächtige bei Sexualdelikten. Ich denke, das ist ein ganz wesentlicher Schritt zum Schutz insbesondere der Frauen in Österreich.

Unbedingt notwendig ist, dass straffällig gewordene Fremde abgeschoben werden können. Niemand, auch kein Schutz suchender Flüchtling, kann sich Unterstützung und Aufnahme in Österreich erwarten, wenn er sich nicht an die Gesetze, insbesondere nicht an die Strafgesetze hält. Da gilt es, klar abzugrenzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Sie kennen leider das Beispiel der Bluttat am Brunnenmarkt. Ein verwirrter Obdachloser, ein Kenianer, hat eine Wienerin am Weg zu ihrer Arbeit mit einer Eisenstange erschlagen. Ich bin schockiert, bestürzt und traurig darüber. Wir müssen doch auf unserem Weg zur Arbeit sicher sein! Mein tiefstes Mitgefühl gilt den Angehörigen und Freunden.

Unser Justizminister Brandstetter hat kühlen Kopf bewahrt und sofort die Soko Brunnenmarkt eingeleitet. Die Sonderkommission prüft im Moment, ob es im Vorfeld der Bluttat zu behördlichen Versäumnissen gekommen ist. Die Schnittstellen zwischen Justiz, Polizei und möglicherweise auch anderen Behörden wie den

Gesundheitsbehörden gehören genau durchleuchtet. Auch hier erwarte ich mir von der Sonderkommission Aufschluss über den Handlungsbedarf.

Ziel ist, dass Straffällige im Sicherheitsnetz der Behörden fest erfasst sind und nicht durchschlüpfen können. Wir brauchen daher eine bessere Vernetzung unserer Behörden. Und seien Sie sicher: Alles, was notwendig ist, werden wir hier umsetzen! Ich denke, jeder von Ihnen sollte bereit sein, diese Verschärfungen und Maßnahmen zu unterstützen. *(Beifall bei der ÖVP. – Zwischenruf des Abg. Neubauer.)*

Lassen Sie mich zu einem Punkt des umfassenden Aktionsplans „Sicheres Österreich“ kommen: Mehr als die Hälfte der Insassen unserer Gefängnisse sind Ausländer, 21 Prozent kommen aus der EU, 32 Prozent aus anderen Ländern, und in der Untersuchungshaft ist die Zahl noch höher; mit Stand 1. Mai haben wir dort 74 Prozent Ausländer. Meine Damen und Herren, das muss uns schon zu denken geben, selbstverständlich nicht nur unter Betrachtung unserer Probleme im Strafvollzug und der Kosten, die wir dabei haben.

Die Antwort der ÖVP zu diesem Punkt ist ganz klar: Straftäter sollen in Zukunft ihre Strafen in ihrer Heimat absitzen. Justizminister Brandstetter wird alles dazu tun, dass wir diese Übereinkommen, so sie noch nicht existieren, kurzfristig erhalten. Wir brauchen dazu jede Unterstützung des Gesamtstaats wie auch der Diplomatie.

Meine Damen und Herren, ich begrüße auch die präventiven Maßnahmen, die Informationsoffensive und Informationskampagnen, die es im Bereich der sozialen Medien gibt, wie zum Beispiel jene in Afghanistan, und die ausgebaut werden sollen. Falsche Erwartungen, Hoffnungen und Informationen führen dazu, dass sich immer mehr Menschen auf den Weg nach Europa machen, dies unter falschen Voraussetzungen, weil sie sich ein besseres Leben erhoffen und vor allem die Gründe, aus denen jemand asylberechtigt ist, aus den Augen verloren haben. Wir haben das nicht. Jene, die nach allen auf ihre Rechtmäßigkeit hin geprüften Grundlagen asylberechtigt sind, sollen Asyl bekommen, aber nicht jene, die diese Asylgründe nicht vorweisen können.

Meine Damen und Herren, der Aktionsplan „Sicheres Österreich“ ist ein Schulterschluss zwischen Justiz und Innerem. Die Minister werden alles daran setzen, ihn raschestmöglich umzusetzen. Er ist ein wichtiger Bestandteil für die Sicherheit Österreichs.

Es geht ans Umsetzen, ans Gestalten. Sie alle sollten mit dabei sein! – Danke. *(Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.)*

9.40

Präsidentin Doris Bures: Als Nächster ist Herr Abgeordneter Mag. Darmann zu Wort gemeldet. – Bitte.